

Bezugspreis:

Monatlich
und Boten 3,50 M.
und die Post 3,70 M.

Erstausgabe mit Aus-
nahme der Sonn- und
Feiertage.

Druck und Verlag
von H. C. Sommer,
Bad Homburg und Diez.

Diezer Zeitung



(Kreis-Anzeiger.)

(Lahn-Bote.)

(Kreis-Zeitung.)

verbunden mit dem „Amtlichen Kreisblatt“ für den Unterlahnkreis.

Nr. 163

Diez, Donnerstag, den 22. Juli 1920

26. Jahrgang

Das Resultat von Spa

vor dem Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten.

Ms. Berlin, 21. Juli. Gestern abend um 8,20 Uhr trat der Reichstagsausschuss für auswärtige Angelegenheiten unter dem Vorsitz von Dr. Strehmann im Bundesratsaal des ehemaligen Reichsministeriums des Innern zu einer Sitzung mit dem Kabinett zusammen.

In dieser Sitzung referierte zunächst Reichsminister Dr. Simons eingehend über die Verhandlungen in Spa. Er schloß mit der Erklärung, es habe sich politisch eine kleine Tür geöffnet, von der aus der Weg zu einer Beendigung zwischen den Gleichechtigkeiten führen könnte. Aber im Hintergrund bedeute das Ergebnis von Spa keinen Erfolg, sondern eine Pause, die zu tragen die Anspannung aller Kräfte erfordere.

Nach ihm sprach zunächst der Abgeordnete Bernstein (So.). Seine Rede brachte im wesentlichen eine Zustimmung zu der Haltung der deutschen Delegation. Darüber hinaus trat Bernheim für möglichst baldige Umwandlung der Sicherheitspolizei ein und betonte die Notwendigkeit für die Bergarbeiter, die Kräfte besonders anzuspannen. Dafür empfahl er die Sozialisierung der Bergwerke lebhaft.

Dafür spricht auch der Abgeordnete Ledebur (U. S. P.). Dieser befürwortete ferner die schnelle Bereitstellung der Reichswehr. Letztere wandte sich auch gegen Stinnes, worauf Dr. Simons erklärte, daß er die volle Bereitwillung für die Abreise von Stinnes in Spa übernehme.

Gegen Mitternacht noch dann noch Abg. Helfferich das Wort. Er kritisierte vornehmlich die militärische Seite unserer Befreiung in Spa und bezeichnete die Entzifferung als unbeschreibbar.

Endlich vertagte sich die Versammlung auf heut' nachmittag 3 Uhr.

Die Konferenz der Ministerpräsidenten

Berlin, 21. Juli. Im Reichskanzlerkabinett traten heute vormittag die Mitglieder des Reichskabinetts, die deutschen Ministerpräsidenten oder ihre Vertreter und die für auswärtige Angelegenheiten in Betracht kommenden Reichstagsmitglieder zu der Besprechung über die Verhandlungen von Spa zusammen. Den Vorsitz führte der Reichskanzler. Dieser hielt eine einfache Ansprache. Dann referierten Dr. Simons, Dr. Scholz und Dr. Gehrke, Reichsminister des Innern Koch verbreitete sich hauptsächlich über die Entzifferungsfrage. An die Referate schloß sich eine sehr eingehende und angeregte Aussprache. Entscheidungen oder abschließende Urteile liegen noch nicht vor.

Über den Verlauf der Besprechung selbst berichtet das Wolff-Büro n. a. das folgende:

An den Vortrag des Ministers des Auswärtigen schlossen sich Darlegungen des Reichswehrministers über die militärischen Fragen und des Reichsministers des Innern über die technischen Fragen der Entzifferung. Der Reichsstaatsrat folgte einer mehrständigen Ansprache. Dabei kam von den verschiedensten Seiten die Sorge über die schweren militärischen Bedingungen zum Ausdruck, die uns von der Entente angehören schwierigen politischen Lage aufgetragen worden sind. Ebenso wurden die Lücken des Kohlenabkommen für unsere Arbeiterschaft und für unsere Industrie sehr ernst bereitet.

Gleichwohl wurde anerkannt, daß die Delegation in Spa nicht in der Lage war, andere Ergebnisse zu erzielen, und wurde nachdrücklich darauf hingewiesen, daß alles daran gesetzt werden müsse, den Verpflichtungen des Abkommens gerecht zu werden.

Über den Mitgliedern des Reichskabinetts nahmen an der Konferenz teil der preußische Ministerpräsident Braun, der preußische Staatssekretär Göhring, der badische Gesandte Breyer, der sächsische Ministerpräsident Bock, der sächsische Gesandte Dr. Koch, der württembergische Gesandte Schönbrunn, der badische Minister des Innern Rennhake, der badische Gesandte Dr. Rieger, der böhmisches Staatsrat Matthes, der hamburgische Bürgermeister Diesel, der hamburgische Senator Dr. Schramm, der württembergische Ministerpräsident Dr. Wendorff, der mecklenburgisch-pommersche Ministerpräsident Tischbein, der braunschweigische Minister Antritt, der braunschweigische Gesandte Peden, zugleich für Anhalt, der oldenburgische Ministerpräsident Tanne, der oldenburgische Staatssekretär a. D. Scheer, zugleich für Schaumburg-Lippe, der bremische Bürgermeister Dr. Spitta, der bremische Minister und Senator Dr. Rebbeck, der lipische Landespräsident Doote, der niedersächsische Senator Dr. Reumann, der mecklenburgisch-schlesische Staatsminister Freiherr von Ribbeck, der mecklenburgisch-schlesische Staatsminister Krüger und der waldecksche Ministerialdirektor Sachs.

Die Bergarbeiter und Spa.

Ms. Bonn n. 21. Juli. In einer Reihe von Bergarbeiterversammlungen, die im Ruhrrevier stattfanden, wurde Stellung genommen zu den Verhandlungen in Spa. Die Bergarbeiter aller Richtungen stellten sich dabei einmütig hinter die Ausschließungen der bergmännischen Sachverständigen, wie sie zugleich im Namen des christlichen Delegierten Jähnrich und des unbedingten Bieger von dem Abgeordneten Otto Hude in Spa zur Bekanntgabe gebracht worden sind. Allgemein wurde besancet, daß die Vertreter des Verbandes, statt diesen Ausschließungen Rechnung zu tragen, es vorgezogen haben, ihren Machtkampf durchzuführen. Man beurteilt, daß die deutsche Bergarbeiterchaft bei festem Willen habe, am Wiederaufbau des europäischen Wirtschaftslebens noch besten Kräften mitzuwirken, bedenkt aber die Ausführbarkeit der in Spa nahe dem Anfang der Rot eingegangenen Verpflichtungen. Die Arbeitsgemeinschaft im Ruhrrevier wird voraussichtlich noch in dieser Woche zur Kohlenfrage Stellung nehmen und die neuzeit-

unterbrochenen Verhandlungen über das überbleibliche Kohlenabkommen wieder aufzunehmen.

Ms. Bonn n. 21. Juli. Die Bergarbeiterzeitung, das Organ des alten Bergarbeiterverbandes, beschäftigt sich in einem längeren Artikel an leitender Stelle mit dem Kohlenproblem. An der Hand von Zahlen wird die Unmöglichkeit nachgewiesen, die vom Verbande verlangte Kohlenmenge zu liefern. Die deutsche Steinkohlenförderung für 1920 wird in dem Artikel auf höchstens 125 Millionen Tonnen geschätzt. Sie würde also gegen die Förderung des Jahres 1913 um fast 3 Millionen Tonnen zurückbleiben. Die Bergarbeiterzeitung schlägt den Gang der Verhandlungen in Spa und kommt zu dem Schluß, daß dort anschließend die Gewalt über das Reich gelegt habe. Der dadurch geschaffene ungesunde Zustand werde sich aber auf die Dauer nicht halten lassen. Die Kohlenkrise könne, wie schon die deutschen Vertreter betont hätten, nur durch internationale Zusammenarbeit aller in Betrieb kommenden Ballen, insbesondere der Bergarbeiter, gelöst werden. Der Artikel schließt:

Man kann einen Ochsen zum Brunnen, aber nicht zum Sausen zwingen. Durch die feindliche Besetzung des Ruhrgebiets würde nicht aufgebaut, sondern zerstört. Darunter würde nicht nur Deutschland, sondern auch die übrige Welt leiden. Trotz ihrer gesundheitlichen und wirtschaftlichen Bedeutung wie sie der Krieg mit seinen Folgen mit sich gebracht hat, haben die Bergarbeiter freiwillig Überlastungen vertragen, um im Interesse der volksleidenden Bevölkerung die Förderung zu beenden. Bezahlungen können sie dazu nicht werden, ebensoviel ist die Leistung. Ohne oder gar gegen die Bergarbeiter geht es also nicht. Daher muß eine Verständigung geführt und gefunden werden. Eine harte Siegerklaus kann diese Verständigung nicht finden und somit das Kohlenproblem nicht lösen, es muß vielmehr heißen: leben und leben lassen. Nur auf dieser Grundlage kann das Kohlenproblem gelöst und aufgebaut werden, was der Krieg zerstört hat.

Ein Weißbuch über Spa. Es befindet sich ein Weißbuch über die Konferenz in Spa in Vorbereitung, welches dem Reichstag bei seinem Wiederaufzetteln vorgetragen werden soll. Es wird für die Verteilung der Konferenz von Spa in Betracht kommenden Schriften und Protokolle enthalten.

Die Abwicklung des alten Heeres.

Infolge Umwandlung der Bezirkskommandos in entmilitarisierte Versorgungsstellen kann die Entfernung von Ehrenkämpfen gegen Deutsches Reich erfolgen in die Lizenzen der Bezirkskommandos nicht mehr erfolgen. Es bleiben nur noch die Abnahme der Patente, Bezeichnungen, Lizenzen, Ehrenzeichen, Dienstpapiere und die Entfernung der Dienstgradabzeichen, sowie die hinsichtlich des Zivilversorgungsschuldes im § 130 bis 133 des 1. Teiles der Militärstrafordnung vorgesehenen Maßnahmen übrig, für deren Ausführung die Zivilbehörde (jetzt Polizeibehörde) auf Anhänger zu sorgen hat.

Für alle in den Monaten Januar bis einschließlich Mai 1914, Januar 1915, 16, 17, 18 besolderten aktiven Offiziere usw. können die Patente gegen Einwendung des vertraglichen Stempelbetrages von 1,50 M. für jedes Offizierspatent (Ehrenkämpfer sind genannt) bei der Geheimen Kriegskanzlei (Abwicklung) angefordert werden. Möglichst gesammelte Anforderung durch Truppen, Abwiderungsamt usw. Die Anforderungsschreiben und Lizenzen müssen genaue Personalausgaben und Verförderungsraten enthalten. Die Patente für in obigen Zeiträumen beförderte Offiziere a. D. bezw. a. D. und des Beurlaubtenstandes werden den zuständigen Versorgungsstellen als „politisches Dienstjahr“ von der Geheimen Kriegskanzlei (Abwicklung) mittels Nachweisung zur Aushändigung zugehören.

Ein treffendes Wort über Oberschlesien.

Ms. London, 21. Juli. Der namhafte Politiker Garvin beschäftigt sich in seinem Sonntagsblatt „Observer“ mit der polnischen Frage und kommt dabei zu einigen ebenso richtigen wie wichtigen Erkenntnissen. Er schreibt:

Angespornt durch die französische militärische Schule, deren Theorien über Mitteleuropa absonderlich weit von aller Wirklichkeit entfernt sind, stützen die Polen sich in selbstmörderische Abenteuer gegen alle ihre Nachbarn. Die Folge ist das Chaos, das wir vor uns sehen. Am Norden haben die Litauer ihren Sonderkrieg mit Russland geschlossen und Wilna wieder gewonnen. Am Süden muß Polen mit seinen Kohlenfeldern zum Teil den Tschechoslowaken überlassen werden. Und wenn Oberschlesien, das niemals einen Teil des historischen Gebiets von Polen gehabt hat, das dagegen ein unentbehrliches Gebiet für Deutschlands Leben ist, den Deutschen nicht überlassen wird, dann wird es keinen dauernden Frieden in Mitteleuropa und keine dauernde Sicherheit für Polen geben. Wenn die Deutschen halten, was sie in Spa versprochen haben, so werden wir eine gute Strecke Wegs aus dem Chaos herauskommen. Aber eins darf man dabei nicht übersehen. Aktive deutsche Regierung kann bestimmte Pläne machen und feste Versprechungen abgeben, ehe sie weiß, ob sie für Deutschland lebenswichtige Provinz Oberschlesien erhält oder verliert.

In seiner Bedeutung für ganz Europa ist Oberschlesien im Jahre 1920 genau das, was Elsass-Lothringen 1870 war, und es würde ein genau so großer Fehler sein, Deutschland Oberschlesien wegzunehmen, wie es damals ein Fehler war, Elsass-Lothringen Frankreich zu nehmen. Zum Glück steht es jetzt so aus, als ob die kommende Abstimmung das Land für Deutschland resten würde. Allerdings hofften die Polen, 80 v. D. der Stimmen zu erhalten. Das ist jetzt nach dem Urteil aller Kunden ausgeschlossen. Oberschlesien ist eine hochorganisierte Industrie-Provinz. Ihr Übergang zu einem noch ganz un-

fertigen Staatswesen würde sie ganz aus dem Gefüge bringen. Die polnischen Bergleute und Hüttenarbeiter wollen auch die Vorteile der deutschen sozialen Gesetzgebung nicht verlieren. Schließlich hat die wilde Polnisches Wirtschaftsgebiet Polen in allen fruchtbaren Gebieten vor den Kopf gestossen. Wenn die Volksabstimmung Oberschlesien bei Deutschland belässt, so darf man auf eine Ordnung und Verzähnung Europas hoffen, und die künftigen Wirtschaftsverhandlungen zwischen Deutschland und den Verbündeten werden sich auf einer weit siedlern Grundlage abwickeln können.

Aus Sachsen.

Ms. Dresden, 21. Juli. Zu den Landesmitteldelegationen in Dresden und vielen anderen Städten Sachsen, die teilweise auch mit zwangswise Heraushebung der Preise und Gewalttäglichkeiten verbunden waren, die in Dresden sogar zur Auflösung des Kommunalverbandes führten, nimmt jetzt auch der Ministerpräsident mit einem Aufruf in der Presse das Wort. Er verdrückt darin, durch behördlichen Druck auf die Preise zu erzielen, droht aber auch, gegen Aufhebungen fortan mit allen zu Gebote stehenden Mitteln vorzugehen. Diese Verschrechen haben wie nur seltsam schon vernommen. Im gegebenen Augenblick weicht man aber immer wieder zurück. — Der Rückgang der Industrieaufträge macht sich in fast allen sächsischen Industrien mehr und mehr bemerkbar. Nicht wenige Betriebe müssen Einschränkungen oder sogar Stilllegungen eingehen lassen. Besonders angenehme hat sich die Lage der sächsischen Metallindustrie in den letzten Monaten gestaltet. Bis zum 1. Juli lagen sechs Betriebe völlig still, in 26 Betrieben mußten Verkürzungen der Arbeitszeit vorgenommen werden. Es sind 420 Arbeiter völlig erwerblos geworden, während von den Einschränkungen 5851 Arbeiter mehr oder weniger betroffen werden. Es besteht leider die Befürchtung, daß weitere Einschränkungen nicht zu umgehen sein werden. Aehnlich unglücklich ist auch die Lage in der Textilindustrie.

Ein USPD-Abgeordneter unter Spiegelverdacht.

Berlin, 20. Juli. Die Reichstagsfraktion der U. S. P. D. hat gegen ihr Mitglied Wendelin Thorme eine Untersuchung eingeleitet, da ihm vorgeworfen wird, daß er mit Lockfischen zusammen gearbeitet habe.

Wieder ein Zwischenfall.

Berlin, 20. Juli. Zu einem Zwischenfall mit zweck Ententeoffizieren am Bahnhof Charlottenburg kam es in der vergangenen Nacht. Nach einer Darstellung der P. Z. sollen die beiden Offiziere, der englische Oberleutnant Michaelson und der englische Leutnant Allau von der Internationalen Kontrollkommission, Polen an bekleidet haben. Es zwang sie sich rasch eine große Menschenmenge an, und es schien zu Tumulten zu kommen. Sicherheitspolizei wurde herbeigerufen. Diese nahm die beiden Offiziere, die keine Ausweispapiere bei sich trugen, zu ihrem eigenen Schutz auf die nächste Polizeiwache mit, wo sie bis 3,30 Uhr blieben, bis ihre Freiheit festgestellt worden war. Dann wurden die beiden Offiziere in einen inzwischen herbeigerufenen Ententeamt mobil zu dem Sitz der Kontrollkommission gebracht. Nach einer weiteren Meldung handelt es sich um eine sogenannte angehöerte Geschichte.

Die Untersuchung ist eingeleitet.

Volle Neutralität Deutschlands.

Berlin, 21. Juli. In der heutigen Nummer des „Neuen Anzeigers“ ist nachstehende Bekanntmachung des Reichspräsidenten veröffentlicht:

In der zwischen der polnischen Republik und der russischen Sowjetrepublik entstandenen kriegerischen Entwicklung hat Deutschland, das sich mit beiden Staaten im Friedenszustand befindet, bisher volle Neutralität beobachtet und wird diese Neutralität auch weiterhin beobachten. Ich weise demzufolge darauf hin, daß für Deutschland im Reich und für Deutschland im Ausland die Verpflichtung besteht, sich aller Handlungen zu enthalten, die der Neutralität Deutschlands entwiderlaufen.

Berlin, 20. Juli. Reichspräsident Oberst. Siemens. Diese Bekanntmachung wird den Regierungen in Warschau und Moskau amtlich zur Kenntnis gebracht.

Der russisch-polnische Krieg.

Ms. Kopenhagen, 21. Juli. Der Vormarsch der russischen Heere ist fast an allen Fronten in weitem Maße gehemmt. Er gewinnt an der Niederrheinfront täglich 20 bis 30 Kilometer. Am Sonntag ist 80 km im Gouvernement Wilna gefallen. Die Einnahme von Wolodetschno im Gouvernement Minsk, das am Dienstag fiel, bedeutet einen Vormarsch von 150 Kilometern auf Warschau. Die Streitkräfte, die von Rostow aus vorrücken, erreichten bereits Rostow Podol, südlich davon das aus dem Weltkrieg bekannte Baranowitschi und weiter den Dnjepr-kanal, wo sich noch alte deutsche Stellungen befanden. Im Süden sind die Russen in dem Bezirk von Komenez-Podol, haben aber die Grenze von Ossigitzien noch nicht überschritten. Aus der mittleren Front steht ein Generalangriff gegen Kowel bevor. Über den Waffenstillstand liegen noch keine Nachrichten vor.

Berlin, 21. Juli. Die Rostauer Regierung wendet sich in einem Gutspruch an die Arbeiter der Verbündeten-Länder, um sie von einer Unterstützung der demoralisierten polnischen Truppen abzuhalten.

Die Antwort der Räteregierung.

Ms. Paris, 21. Juli. Nach einer Timesmeldung ist die Antwort der Räteregierung auf den britischen Waffenstillstandsvorschlag nunmehr bei der englischen Regierung im Wortlaut eingetroffen. Die Russen weigern sich, an einer Konferenz in London teilzunehmen, wo England sich nicht unparteiisch zeige. Sie wollen auch nicht mit den Vertretern der baltischen Staaten verhandeln, da sie mit den baltischen Ländern bereits Frieden geschlossen hätten. Sie wollen mit den Polen unmittelbar verhandeln und seien auch bereit, den Polen eine günstigere Grenze zu beinhalten, als die englische Regierung sie vorschlage. Die Räteregierung lehnt es ab, mit General Wrangel zu verhandeln, und fordert vielmehr dessen Unterwerfung. Die Times erklärt, die Antwort sei in farbstämmigem Ton gehalten.

Ms. Paris, 20. Juli. Wie der Petit Parisen aus London erfährt, wird als Leiter der russischen Abordnung zur weiteren Verhandlung Kamenev nach London kommen. Krasin begleitet ihn zwar, wird aber nur Bizepräsident der Abordnung sein.

Der Siegeszug der Sowjetarmee.

Kein Waffenstillstand. — Unvermindert rasches Vorrücken.

Warschau, 21. Juli. Die Lage gestattet keinen Zweifel mehr. Die Bolschewiki lehnen tatsächlich jede Vermittlung ab. Von Waffenstillstand ist keine Rede mehr. Der Kampf geht weiter, ein Existenzkampf des polnischen Staatswesens. Einige Optimisten glauben zwar, die Bolschewiki würden freiwillig an den ethnographischen Grenzen Polens halt machen und einen Frieden vorziehen. Das sind unbeständige Illusionen. Nur damit kann man möglicherweise rechnen, daß an diesen Gränen der polnische Widerstand etwas stärker ansetzen wird. Die neuformierten Reserveu können dort eine gewisse Wirkung ausüben. Vorläufig ist selbst das unsicher.

Die bolschewistische Kordonfront nähert sich unvermindert rasch. Nach dem Heeresbericht konzentrierte der Feind gestern nördlich Grodno seine Massen. Heute wirkt um die Stadt und zugleich um den Niemenübergang gekämpft. Grodno liegt 150 Kilometer diesesseits Wilna, 275 Kilometer von Warschau entfernt. Auch über Lida und Nowogrode gehen die Sowjettruppen gegen den Niemen vor. Um Baranowitschi und an der Scharainie sind Kämpfe im Gange. Ein breiter Angriff auf Nowel soll an der Styrslinie ausgehalten sein. An der Sbrutschlinie, der Grenze Ostgaliziens, finden Kämpfe bei Husiatyn statt.

Organische Bevölkerung auf der Flucht. Wien, 21. Juli. Der ukrainische Pressebericht meldet: Die Städte im äußersten Osten und Südosten von Ostgalizien, insbesondere Tarnopol und Brody, wurden wegen der Gefährdung durch die Reiterei Wladimirs schon vor einigen Wochen geräumt. Diese Transporte erfordern lange Zeit und behindern den militärischen Verkehr. Lemberg und die Städte westlich des San sind von Flüchtlingen überfüllt, darunter einer großen Anzahl von Flüchtlingen jenseits des Iwazu, des ehemaligen Grenzflusses der Buhowina. Die Gefahr der weiteren Verschleppung der Fleckyphus-Epidemie ist sehr bedrohlich.

Aus der österreichischen Nationalversammlung

Wien, 21. Juli. In der Nationalversammlung wurde das abgeänderte Wahlgesetz angenommen. Der hauptsächliche Unterschied gegen früher besteht in der Einführung der Zweistimmenzählung. Von dem deutschen Wahlgesetz unterscheidet sich das österreichische namentlich dadurch, daß es eine im voran bestimmte Anzahl von Abgeordneten vorsieht, nämlich 160 aus der ersten und 15 aus der zweiten Zählung. Ein Antrag auf Einführung vor Wahlpflicht wurde abgelehnt. Die Nationalversammlung ist sodann in die Veratung der Vermögensabgabe eingetreten. Gegen gewisse Bestimmungen des Entwurfs hat die Wiedergutmachungskommission Einwendungen im Sinne des Friedensvertrages und der Wermundschafte erhoben. Die Verhandlungen über diesen Einspruch sind noch nicht beendet. Der Einspruch wird in parlamentarischen Kreisen dahin geübt, daß die Durchführung der Vermögensabgabe nur so weit möglich sein wird, als sie den Konsensplan der Entente nicht berührt. Die Erlassung der Durchführungsvorord-

nungen zur Vermögensabgabe wird an die vorhergehende Bestimmung der Wiedergutmachungskommission gestoppt werden.

Der Regierungswchsel in Ungarn.

Wien, 21. Juli. In Ungarn ist, wie bereits gemeldet, unter dem Vorsitz des bisherigen Ministers des Außen, Grafen Teleky, ein neues Kabinett zustandegekommen, das nur zwei Mitglieder zählt, die nicht schon der vorhergehenden Regierung angehörten. Das ist ein geringes Ergebnis nach einer Krise, deren Lösung fast einen Monat gedauert und eine Regruppierung der Parteien erfordert hat. Die mit dem System des Weißen Terrors am engsten verknüpften Staatsräte, Heereswehr und Justiz, erhalten allerdings mit dem Obersten Greiter und Dr. Tomosandi neue Vorsteher, wozu immerhin ein Eingeständnis des Reformbedürftigkeit dieser Verwaltungswiege erblieb werden darf. Doch ist es wenig glaubhaft, daß das im übrigen unveränderte Ministerium, das sich zudem selber als kurzfristig betrachtet, die Kraft oer auch nur den Willen zu ernsthaften Neuerungen haben könnte. Das stimmt auch damit überein, daß der vom Grafen Bethlen unternommene Versuch der Regierungsbildung daran scheiterte, daß er noch einige andere Ministerien, namentlich das des Unterrichts, das Herrn Haller im Geiste der krassesten Reaktion verwalte und nun weiter verwalten wird, nur besiegen wollte.

An dem Programm der neuen Regierung ist bemerkenswert namentlich die Bodenreform und eine Verfassungsänderung, durch die dem Reichsverweser das unbeschränkte Recht zur Auflösung des Parlaments eingeräumt werden soll. Neben jenem muß jedoch zuvor noch eine Einigung zwischen zwei Entwürfen erzielt werden, von denen der eine, für den sich der nur provisorisch im Amt stehende Ernährungsminister Szabo-Regnadváry einsetzt, dem Grundprinzip einschließlich des krischlichen ernstlich zu Leibe gehen will, während der andere, dessen Urheber der Handelsminister und provisorische Ackerbauminister Rubins ist, nur eine Verwässerung des ganzen Problems darstellt, das eine äußerst wichtige Rolle in der Entwicklung der ungarischen Dinge zu spielen beruft. Was die Absicht der durch die Einführung eines neuen Wahlgesetzes zu ergänzenden Verfassungsreform anbetrifft, so dürfte der Vertreter des habsburgisch gesinnten Adels, für den Graf Teleky gilt, dabei hauptsächlich darauf ausgedenkt, ein für das habsburgische Mandat noch gefügigeres Parlament zusammen zu bringen, als es das gegenwärtige ist, in dem namentlich die Abgeordneten der Bauernschaft einer habsburgischen Restauration abgeneigt sind.

Zur Beschlagnahme des ungarischen Obstes.

Wien, 20. Juli. Die deutsche Regierung hat gegen die von mir gemelbte Beschlagnahme der drei ungarischen, nach Berlin bestimmten Züge mit Ost und Gemüse durch den Wiener Arbeiterrat Einpruch erhoben. Die ungarische Regierung hat (wie schon kurz gemeldet) aber wegen der Gefahr erneuter Beschlagnahme angeordnet, daß keine weiteren Obstzüge nach Deutschland abzuladen sind. So entstehen für Österreich aus diesem Verkehrsbojkott der österreichischen Gewerkschaften gegen Ungarn immer mehr internationale Verwicklungen. Unheilig warten die österreichischen Arbeiter aus diesen Obstsendungen nach Deutschland erschöpft, wie wenig außerhalb Österreichs der Befehl der Amsterdamer Gewerkschaftszentrale zur Boykottierung Ungarns befolgt wird, zumal da auch der englische Oberst Wedgwood, der mit der britischen Gewerkschaftskommission Ungarn bereit ist, und dessen Bericht über die Vorgänge in Ungarn dem Amsterdamer Gewerkschaftsbund als Unterlage für dessen Boykottbeschluß dient hat, in einem ungarischen Blatt hat erscheinen lassen, daß er den Boykott verurteile, und daß die britische Arbeiterpartei sich mit der Frage des Boykotts gegen Ungarn überhaupt nicht beschäftige habe. Die Arbeiterzeitung sucht die Wirkung dieser Erklärung auf die österreichische Arbeiterchaft durch die Bekanntmachung abzuschwüchen, daß überhaupt keine Arbeiterpartei den Boykott erklärte habe, sondern der Gewerkschaftsbund, und daß von seinem Vertreter Appleton als Vorstehenden der Boykottbeschluß gefasst worden sei.

Verhandlungen.

Der Fernsprechbeitrag. Amlich wtr mitgeteilt: Zur Nachricht über eine Ermächtigung der Beschaffung des einmaligen Fernsprechbeitrages teilt das Reichspostministerium folgendes mit: Der Beitrag ist, wenn

der Teilnehmer nicht in einer Summe zahlen will, in vierteljährlichen Teilzahlungen am 1. Oktober 1920, 2. Januar, 1. April und 1. Juli 1921 zu entrichten, und zwar durch Überweiterung oder durch Einzahlung (mittels Zahnkarte) auf ein besonderes Postcheckkonto; die Nummer des Kontos wird mitgeteilt. Kriegsanleihen oder andre Wertpapiere an Zahlungs Statt sind nicht zugelassen. Auf Antrag können, wenn ein Bedürfnis vorliegt, auch geringere Teilzahlungen gewährt werden; der niedrigste Beitrag ist 100 Mark für einen Hauptanschluß und 50 Mark für einen Nebenananschluß. Da der Beitrag erst von dem auf die Einzahlung folgenden Monat an verzinst wird, empfiehlt es sich, um Zinsverluste zu vermeiden, die fälligen Beiträge schon am Ende des vorhergehenden Monats zu zahlen. Die Zinsen werden den Teilnehmern in der letzten Hälfte des Monats jeden Jahres vergütet. Eine Ausrechnung gegen die fälligen Gebühren ist nicht in Aussicht genommen. Die Zinsbeträge unterliegen der Kapitalertragsteuer, soweit nicht nach Paragraph 3 des Kapitalertragsteueres Befreitung eintritt. Nach der Befreiung des Beitrages erhalten der Teilnehmer einen Empfangsschein. Dieser hat nicht

die Eigenschaft einer auf den Inhaber lautenden Schuldverschreibung. Will daher der Teilnehmer seine Forderung gegen die Telegraphenverwaltung einem Dritten abtreten, so genügt es nicht, wenn er ihm nur den Empfangsschein überträgt; die Abtretung muß vielmehr rechtsgültig der Telegraphenverwaltung mitgeteilt werden. Die Zinsen werden, soweit sie zusammen mit der Kapitalforderung abgetreten sind, an den Dritten gezahlt. Ebenso wird diesem bei der Aufhebung des Anschlusses der Beitrag zurückgegeben. Will ein Teilnehmer den Beitrag nicht selbst entrichten, ist aber eine Bank, Sparkasse usw. bereit, ihm das Geld gegen Übertragung der Forderung vorzustreden, so muß das bei der Einzahlung zum Ausdruck gebracht werden. Der Beitrag wird nebst den fälligen Zeiten am Schluss des Kalenderjahres zurückgezahlt, an dem der Anschluß aufgehoben wird. Zu der Belehrung des einmaligen Beitrags von der Deutschen Volksversicherung wird noch bemerkt: Die Ermächtigung soll noch dem Teilnehmern zugute kommen, die den Beitrag nicht selbst oder durch Sparflaschen oder sonstwie leichtsinnig aufbringen können, oder welche die Mittel ihrem Betriebe nicht entziehen wollen. Das Geld wird zunächst auf 10 Jahre zur Verfügung gestellt. Die Einrichtung ist nur für Teilnehmer, mit einem oder wenigen Anschlüssen bestimmt. Die Einzahlegebühr ist bei der Stellung des Antrags zu entrichten; bei neuen Anschlüssen wird sie erst einige Wochen vor der Herstellung erhoben. Die laufende Vergütung ist vom Beginn des Monats an zu zahlen, indem der Beitrag von der Deutschen Volksversicherung der Telegraphenverwaltung überwiesen wird. Sie wird vierteljährlich nachträglich zusammen mit den Fernsprechgebühren eingezogen. Der Teilnehmer hat die Möglichkeit, zu Beginn jedes Vierteljahrs den Beitrag mit der Deutschen Volksversicherung zu zahlen, indem er selbst den Beitrag zahlt. Er hat dies 14 Tage vorher seiner Vermittlungsdanstalt mitzutragen. Bleibt ein Teilnehmer mit der Zahlung der Vergütung an die Deutsche Volksversicherung im Widerstand, so zahlt die Telegraphenverwaltung den Beitrag an diese zu. Dies ist dann Sache des Teilnehmers, selbst für die Ausbringung des Beitrags zu sorgen. Das gleiche geschieht, wenn die Frist von 10 Jahren abgelaufen und der Beitrag nicht verlängert worden ist. Bei der Aufhebung des Anschlusses wird der Beitrag ebenfalls an die Deutsche Volksversicherung zurückgezahlt. Der Teilnehmer hat die laufende Vergütung bis zum Ende seines Vertragsverhältnisses mit der Telegraphenverwaltung zu entrichten, d. h. in der Regel bis zum Ende des Vierteljahrs, in dem der Anschluß aufgehoben wird. Aus Anlaß der Gebührenrechnung sind nur 7 v. H. der Sprechgebühr gekündigt worden; sehr viele Kündigungen sind wieder zurückgenommen worden.

Der rheinisch-westfälische Kohlensyndikat. Die Mitgliederversammlung des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats beschloß, dem Reichskohlenverband eine Erhöhung der Kohlenpreise vom 1. August ab vorzuschlagen, da der seit 1. Juli eingetretene anderweitigen Regelung des bekannten Guingampsystems in der Abwendung der Vergrößerung und den bisher ganz unzureichend befriedigten Bedürfnissen der Anfertigung Rechnung getragen werden sollen. Weiter genehmigte die Versammlung die Namensgebung von Verkaufsvereinen zwischen dem Thyssen-

Fremdes Reis.

Roman von E. Dressel.

Grau Auguste sank zunächst auf einen Holzschemel, wobei sie völlig übersah, daß ihr elegantes Hausskleid im Staub der weißen und roten Tonerde einen häßlichen Saum bekam, denn ihre Blicke gingen verblüfft zwischen den beiden hin und her. „Was ist denn? Du siehst wie ein tollriger Buber aus, und Lifa ist weiß wie die Wand. Was kann das Kind denn Arges verbrochen haben?“

Auch sochte der heiße Verger vollends bei ihm über. Er vergaß den angelerten guten Ton und erklärte brüsk, unwillkürlich in den vollstümlichen Jargon früherer Gewohnheit zurückfallend: „Nach Berlin will se, mang die Bötterjellen. Un bernach soll ich se bei mir anstellen. Oder sollte es gar Fratiseleistungen jeben. Was, Fräulein von Dittmar?“

Lifa sah ihn nur in stummem Schmerz herzbeweglich an. Zwei große Tränen rannen ihr langsam über das erblachte Gesichtchen.

Das griff an. Frau Börner's jährlisches Mutterherz. Auch sie vergaß in aufsteigendem Zorn die Monieren feinerer Gesittung, die ihr sonst geläufig waren, und brach los: „Wehste, wat de bitt, Böge? En janzer Unmensch bistie. Komm, Liseien, Bäter, is jetzt nich für Damenejesshaftigkeit. Er muß erst 'en anders Gesicht aufstellen.“

Doch Lifa drängte sanft Mutters Hand, die ihr wie einem kleinen Kinde die Tränen abtrocknen wollte, zurück und wandte sich bittend an den finsternen Mann: „Bäterchen, du wirst mir doch nicht im Ernst böse sein? Ich hab's nur gut gemeint.“

„Nicht für dich,“ knurrte er. „Und ich bin nun mal so'n sarkistischen Böttervater, dem seines Töchterchens Wohl am nächsten liegt.“

„O ja,“ sagte sie da in ihrer sanftesten und doch eindringlichsten, nie vom Ziel abirrenden Weise, „dass du mich liebst, weiß ich wohl. Gerade deshalb möchte ich dir auch meine herzliche Liebe beweisen. Ich hoffe so sehr, weder Sven noch mir wirst du einen vernünftigen Wunsch ernstlich versagen.“

Mutter sah ungeduldig von einem zum andern.

„Aber worum handest es sich denn eigentlich?“ rief sie gereizt.

Es sollte vorläufig keine Auflösung erfolgen da

Sven jetzt wort die Schwere tra, und vorne ign jetzt anrief: „Kommt gerade zum Z. Jung. Ich hab' längst ein letztes Wort mit dir reden wollen und bin just in der Stimmung dazu.“

„Ne' keine Stimmung, alles, was recht ist!“ murmelte Mutter. „Wir geben nun, Lifa, möchten sonst noch Del ins Feuer schütten. Zu löschen ist so'n Bornbrand doch nicht, das kennt man.“

„Lifa bleibt. Sie soll sich überzeugen, daß ich keinen Unterschied zwischen ihr und Sven mache, woran sie eben zweifelt. Du, liebe Frau, magst gern verschwinden, wenn dich meine Stimmung stört, zudem gilt es eine Verhandlung, die lediglich das Haupt der Familie zu entscheiden hat.“

„I., das scheint hier das reine Gericht werden zu wollen. Ne, so was kann ich nicht mit anhören. Aber das sage ich dir, du Böttervater, wenn die Kinder hernach nicht fähig sind, meinen guten Gerichten, — sie sprach das fern ich unterschreiten aus —, Ehre zu erweisen, triegst du's mit mir zu tun.“

Sven lächelte beruhigend, als er Mutter gefällig die Tür offen hielt, durch die sie indigniert hinausrauschte. Das sollte heißen: „Es wird schon nicht so schwierig werden,“ in Wahrheit aber war ihm keineswegs heiter zu Sinn. Er wußte, er stand vor jener Entscheidung, die Lebenswende bedeutete. Wie ein Gewitter hatte es lange bei Bäter vorgegröllt, nun kam die Entladung. Würde sie gefährlich werden? Lifa, das Lamm, sah aus, als wäre schon ein Blitzen vor sie niedergefahren. Bäter mußte eilig doch nein sein, wenn er das liebe kleine Ding seinen Verger entgegnet ließ, das doch aller Verzug im Hause war.

Die Tür sorglich schließend, kehrte er nun langsam zurück.

Hochgewachsen, in quellender Kraft stand er vor Bäter, ein schmucker junger Mensch von fünfundzwanzig, dem feurigen Lebensdrang aus den klaren Augen schaute und feste Gesundheit aus den geraden geschmeidigen Gliedern.

Mit scharfem Blick erfaßte Börner diese frische blühende Jugend, und das herzliche Wohlgefallen an dem prachtvollen Jungen schob den nagenden Kummer so weit zurück, daß er ruhiger zu beginnen vermochte: „Also, Sven, du vollendest ja wohl morgen dein fünfundzwanzigstes Jahr. Eine Lebensphase für den Mann. Für dich, der nun die Studienjahre hinter sich hat, bedeutet sie den Beginn praktischer Erwerbsbetätigung. Ich denke mir, du kommst hierher mit dem Entschluß, das neue Lebensjahr mit fest gegebenem, ja ausschließlich Rabittdienst zu beginnen.“

der Teilnehmer nicht in einer Summe zahlen will, in vierteljährlichen Teilzahlungen am 1. Oktober 1920, 2. Januar, 1. April und 1. Juli 1921 zu entrichten, und zwar durch Überweiterung oder durch Einzahlung (mittels Zahlfalte) auf ein besonderes Postcheckkonto; die Nummer des Kontos wird mitgeteilt. Kriegsanleihen oder andre Wertpapiere an Zahlungs Statt sind nicht zugelassen. Auf Antrag können, wenn ein Bedürfnis vorliegt, auch geringere Teilzahlungen gewährt werden; der niedrigste Beitrag ist 100 Mark für einen Hauptanschluß und 50 Mark für einen Nebenananschluß. Da der Beitrag erst von dem auf die Einzahlung folgenden Monat an verzinst wird, empfiehlt es sich, um Zinsverluste zu vermeiden, die fälligen Beiträge schon am Ende des vorhergehenden Monats zu zahlen. Die Zinsen werden den Teilnehmern in der letzten Hälfte des Monats jeden Jahres vergütet. Eine Ausrechnung gegen die fälligen Gebühren ist nicht in Aussicht genommen. Die Zinsbeträge unterliegen der Kapitalertragsteuer, soweit nicht nach Paragraph 3 des Kapitalertragsteueres Befreitung eintritt. Nach der Befreiung des Beitrages erhalten der Teilnehmer einen Empfangsschein. Dieser hat nicht

die Eigenschaft einer auf den Inhaber lautenden Schuldverschreibung. Will daher der Teilnehmer seine Forderung gegen die Telegraphenverwaltung einem Dritten abtreten, so genügt es nicht, wenn er ihm nur den Empfangsschein überträgt; die Abtretung muß vielmehr rechtsgültig der Telegraphenverwaltung mitgeteilt werden. Die Zinsen werden, soweit sie zusammen mit der Kapitalforderung abgetreten sind, an den Dritten gezahlt. Ebenso wird diesem bei der Aufhebung des Anschlusses der Beitrag zurückgegeben. Will ein Teilnehmer mit der Zahlung der Vergütung an die Deutsche Volksversicherung zu entrichten, ist aber eine Bank, Sparkasse usw. bereit, ihm das Geld gegen Übertragung der Forderung vorzustreden, so muß das bei der Einzahlung zum Ausdruck gebracht werden. Der Beitrag wird nebst den fälligen Zeiten am Schluss des Kalenderjahres zurückgezahlt, an dem der Anschluß aufgehoben wird. Zu der Belehrung des einmaligen Beitrags von der Deutschen Volksversicherung wird noch bemerkt: Die Ermächtigung soll noch dem Teilnehmern zugute kommen, die den Beitrag nicht selbst oder durch Sparflaschen oder sonstwie leichtsinnig aufbringen können, oder welche die Mittel ihrem Betriebe nicht entziehen wollen. Das Geld wird zunächst auf 10 Jahre zur Verfügung gestellt. Die Einrichtung ist nur für Teilnehmer, mit einem oder wenigen Anschlüssen bestimmt. Die Einzahlegebühr ist bei der Stellung des Antrags zu entrichten; bei neuen Anschlüssen wird sie erst einige Wochen vor der Herstellung erhoben. Die laufende Vergütung ist vom Beginn des Monats an zu zahlen, indem der Beitrag von der Deutschen Volksversicherung der Telegraphenverwaltung überwiesen wird. Sie wird vierteljährlich nachträglich zusammen mit den Fernsprechgebühren eingezogen. Der Teilnehmer hat die Möglichkeit, zu Beginn jedes Vierteljahrs den Beitrag mit der Deutschen Volksversicherung zu zahlen, indem er selbst den Beitrag zahlt. Er hat dies 14 Tage vorher seiner Vermittlungsdanstalt mitzutragen. Bleibt ein Teilnehmer mit der Zahlung der Vergütung an die Deutsche Volksversicherung im Widerstand, so zahlt die Telegraphenverwaltung den Beitrag an diese zu. Dies ist dann Sache des Teilnehmers, selbst für die Ausbringung des Beitrags zu sorgen. Das gleiche geschieht, wenn die Frist von 10 Jahren abgelaufen und der Beitrag nicht verlängert worden ist. Bei der Aufhebung des Anschlusses wird der Beitrag ebenfalls an die Deutsche Volksversicherung zurückgezahlt. Der Teilnehmer hat die laufende Vergütung bis zum Ende seines Vertragsverhältnisses mit der Telegraphenverwaltung zu entrichten, d. h. in der Regel bis zum Ende des Vierteljahrs, in dem der Anschluß aufgehoben wird. Aus Anlaß der Gebührenrechnung sind nur 7 v. H. der Sprechgebühr gekündigt worden; sehr viele Kündigungen sind wieder zurückgenommen worden.

Der rheinisch-westfälische Kohlensyndikat. Die Mitgliederversammlung des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats beschloß, dem Reichskohlenverband eine Erhöhung der Kohlenpreise vom 1. August ab vorzuschlagen, da der seit 1. Juli eingetretene anderweitigen Regelung des bekannten Guingampsystems in der Abwendung der Vergrößerung und den bisher ganz unzureichend befriedigten Bedürfnissen der Anfertigung Rechnung getragen werden sollen. Weiter genehmigte die Versammlung die Namensgebung von Verkaufsvereinen zwischen dem Thyssen-

und her.

Bäter hatte sich scheinbar gefaßt, war wieder der ruhige mildernde Mann, als den sie ihn immer gesehen. Sven hingegen, ihr fröhlicher alter Sven, der liebste Spielgefährte ihrer Kindheit troh der großen Altersverschieden

und dem Lothringischen Bergwerks- und Hüttenverein, zwischen der Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft und Saar-Luxemburg. Ferner wurden innere Fragen der Auswirkung erledigt. Der Antrag der Maximilianshütte auf Erhöhung des Hüttenzuschlags vorrechte bei Aufnahme der in das Syndikat wurde im Einverständnis mit der Anhängerin verlegt.

Die Kohlensteuer. Dem Reichstag ist ein Gesetz zugegangen, nach dem das mit dem 31. Juli ablaufende Kohlensteuer vom 1. August 1917 bis zum 1. Juli 1921 verlängert wird. Von der Heraussetzung steuer von 20 auf 30 Prozent hat die Regierung Alb genommen, um bei der Ungeheuerlichkeit über die wirtschaftliche Entwicklung erst im Laufe des Jahres zu prüfen, und in welchem Umfang eine andere Besteuerung möglich ist. Der Entwurf der Steuer, der sich im Rechnungsjahr 1919 1,25 Milliarden belief, wird unter Berücksichtigung erhöhter Preise und Produktion auf 4,25 Milliarden veranschlagt.

Politische Rundschau.

Das Ministerium für Wiederaufbau. Die BZ berichtet heute von der bevorstehenden Benennung des Direktors der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg, des Ammungements Dr. Gaggenheimer, zum Wiederaufbauminster. Im Berliner Tageblatt gegenüber äußerte sich Gaggenheimer dem Sinne, daß diese Nachricht den Tatsachen vorauseile. Seine mit ihm wegen Übernahme des Ministeriums in Verhandlungen. Eine Entscheidung sei aber noch nicht getroffen.

Die Trauerfeier für den Prinzen Joachim. Dienstag vormittag 11 Uhr fand in der Friedenskirche in Potsdam die Trauerfeier für den Prinzen Joachim in Preußen unter überaus starker Beteiligung statt. Die Kirche war reich geschmückt. Vor dem Altar stand der Sarg, bedeckt mit einer Blumenfülle. Das Kranzpaar ließ sich aus Altenkranz, der Krone und der andern Prinzen ebenfalls Kränze am Sarge niederlegen. Sehr stark waren Mitglieder des fröhlichen Hofstaates und der Generalität vertreten. Die Potsdamer und zahlreiche auswärtige Regierungsabordnungen. Kurz vor Begegnung der ehemaligen Trauergäste erschienen die Prinzen Eitel Friedrich, August Wilhelm, Sigismund und Joachim Wilhelm mit ihren Gemahlinnen, Generalstabschef v. Hindenburg und General Ludendorff. Die vier Brüder des ehemaligen hielten am Sarge die Ehrenwache. Nach einem Orgelspiel entwarf Oberhofprediger Vogel ein feierliches Lebensbild des Prinzen Joachim. Nach dem Kranz und Segen sang Frau Kammerfängerin Höhe das Rehe in Frieden". Nachmittags wurde der Sarg vorläufig in der Waldeckschen Kapelle in der Friedenskirche beigesetzt.

Der Wirtschaftsrat für das Saargebiet ist gegründet. Beim Direktorium des Wirtschaftsrates trat die Verordnung der Saarregierung ein, durch die der 14. Februar 1920 durch Besetzung des Generals Wirtschaftsrat für das Saargebiet aufgelöst wird. Da beim Wirtschaftsrat vorhandenen Mittel sind der Vorsitzende zu überweisen. Die Besetzung datiert vom 9. Juli d. J. Die Saarbrücker Landesregierung bemerkte, daß der Wirtschaftsrat hat in den fünf Monaten seiner Tätigkeit überaus segensreich gewirkt. Es war das einzige Erfolgsobjekt der Besetzung, eine Art wirtschaftspolitische Vertretung. Die Räte werden nicht verschwinden, in den weiteren Kreisen der Öffentlichkeit das größte Aufsehen hervorzuheben, umsonst, es einzuweisen nicht bekannt ist aus welchen Gründen die Aufführung erfolgte.

Eine Wahl in Oberösterreich. Das Acht-Uhr-Blatt berichtet aus Wattens: "Bei der Wahl der Bezirks-Vertriebsräte im Eisenbahnrechtsbezirk Wattens wurden 6810 gültige Stimmen abgegeben; davon entfielen auf die Polen 1894, so daß von zehn Vertriebsräten zwei auf die Polen entfielen. Bei der Wahl der Bezirks-Vertriebsräte entfielen von 12641 Stimmen auf die Polen 2400. Die Polen erhalten somit zwei Sitze, während der Deutsche Eisenbahnerverband acht Sitze bekommt.

Die kommunistischen Pläne. Das Leipziger Polizei-Blatt weist in einer Bekanntmachung darauf hin, daß von verschwundenden Elementen Marsch- und Übungsbüros gebildet worden sind, die unter vorstehendem Deckmantel ihre Tätigkeit ausüben. Das Polizeiamt erinnert an die Verordnung des Reichspräsidenten vom 30. Mai 1920, nach der die Teilnahme an solchen Versammlungen mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren bestraft werden soll. Es handelt sich um die Übungsmärsche kommunistischer Arbeitertruppen.

Die württembergischen Demokraten. Der Landesausschuss der Deutschen Demokratischen Partei Württembergs hat folgende einstimmig angenommene Entschließung: "Der Landesausschuss begrüßt das energische hoffnungsvolle Vorgehen der demokratischen Fraktion im Reichstag und Landtag und fordert die Parteifreunde in Stadt und Land auf, ebenfalls entschlossen und trenn' aus Neu an die politische Arbeit zu geben.

Die thüringer Bergleute. Zur Konferenz in Saalfeld der in Nordhausen tagende Verbandsstag der Bergleute des Thür., Braunkohlen- und Eisenbergwerks der Bezirke Altenburg, Harz und Thür. folgende Entschließung: "Wir stehen geschlossen hinter den Ausführungen unseres Kameraden aus Spa. Wir versichern den Völkern unsre rege Mitarbeit im Wiederaufbau der durch den Krieg verhüllten Gebiete. Mit der internationalen Bergarbeiterchaft werden wir wie vor dem internationalen Imperialismus kämpfen. Der Sieg des Arbeitgebers oder anderer wichtiger Bergbaubezirke und Bergarbeitergruppen stehen wir gelassen gegenüber; der Verhüllung deutscher Arbeiter werden wir uns zu widersetzen suchen.

Die rumänische Gesundheit. Der neue rumänische Gesandte in Berlin, Minister Nana, der Ende dieses Monats sein Beglaubigungsschrein überreichten wird, ist nach der sozialen Zeitung "Verständiphamat", der seit dem Jahre 1900 Wissenschaftsrat und als Gesandter Rumäniens in Russland und bis zum Jahre 1913 in Petersburg tätig gewesen. Von 1913 bis 1919 war er Generalsekretär im rumänischen Ministerium des Außen. Seit seinem Rücktritt im vorigen Jahre hat er keine amtliche Stellung bekleidet. Als Generalsekretär des Ministeriums des Außen ist er während der sechzehn Jahren allen Ministerien, die einander abwechselten, im Amt geblieben, da er kein ausgesprochener politischer Parteimann ist und keiner der Parteien, die in Rumänien einander befreundet, angehört. Was sagt Herr Nana nach, daß er weder eine besondere Neigung für die Mittelmächte noch für den Verband während des Krieges gezeigt habe. Seine diplomatischen Fähigkeiten werden sehr hoch eingeschätzt.

Hindenburg, nicht Habrize. Den Abendblättern folgte lehnte der Kreistag des Kreises Hindenburg das Gesetz der Kreiskontrolle der interalliierten Kommission auf Umbenennung in Baarze ab. Der Kreistag und

der Kreisausschuss teilten diesen Beschluß dem Generalfeldmarschall Hindenburg mit und gaben der Freude darüber Ausdruck, daß der Generalfeldmarschall der großen Lebensgefahr glücklich entgangen sei.

Die Genfer Konferenz. Wie die BZ erzählt, wird die Genfer Konferenz etwa Mitte August zusammengetreten. Als Grundlage der Konferenz werden die deutschen am Dr. Simons in Spa überreichten Deutschtüren über die Wiedergutmachung dienen, die in Spa übereinstimmend als Gegenstand der Genfer Verhandlungen festgelegt wurden.

Die zweijährige Dienstzeit in Frankreich. Der Kriegsminister Leebere wird in der nächsten Zeit der Kammer einen Entwurf vor, die Wiedereinführung der zweijährigen Dienstzeit vorlegen. Das Amt ist am 1. April des folgenden Jahres zu erfolgen, in dem die jungen Leute 21 Jahre alt werden. Die Dauer der Dienstpflicht soll sich auf 30 Jahre erstrecken und zwar zwei Jahre aktiv, 18 Jahre in der Reserve, und 10 Jahre bei dem Landsturm. Der Jahrgang 1919 wird noch drei Jahre dienen, aber die folgenden Jahrgänge sollen nur noch zwei Jahre dienen.

Frankreich in Syrien. Nach einer Depesche aus Damaskus sind die Bedingungen, die General Gouraud Gouverneur stellte, folgende: 1. Französische Kontrolle über die Eisenbahnen von Aleppo. 2. Französische Benutzung der Eisenbahnstationen Homs, Hama und Aleppo. 3. Einführung des syrischen Geldes. 4. Annahme des französischen Maurots. 5. Bekämpfung der revolutionären Verbündeten. 6. Annahme dieser Bedingungen innerhalb einer Frist von vier Tagen. Erfolgt die Annahme dieser Bedingungen innerhalb vier Tagen nicht, werden sie mit Gewalt durchgeführt.

Die irischen Unruhen. Ein amtlicher militärischer Bericht meldet über die Kämpfe, die vorgestern abend in Cork stattfanden, folgendes: Unbewaffnete Soldaten wurden, als sie sich auf der Straße zeigten, misshandelt und verschossen. Patrouillen, die in die City geführt wurden, erhielten Feuer aus den Dämmen und von der Straße. Die Truppen erwiderten das Feuer, wobei insgesamt 148 Schüsse abgegeben wurden. Bei den Zusammenstößen wurde ein Soldat verwundet, ein Bürstl getötet und ein Bürstl verwundet. Um 11.30 Uhr abends war die Ruhe wiederhergestellt.

Vela Kun und Genossen. Die ungarische Regierung beabsichtigt wegen der von der österreichischen Regierung unterstützten Abreise Vela Kun und seiner Genossen nach Russland in Wien einen energischen Schritt zu unternehmen. In der zu überreichenen Note soll darauf hingewiesen werden, daß die österreichische Regierung bei der Bekämpfung der gegen Kun und seine Leute gestellten Auslieferungsansuchen die ungarische Regierung offiziell kritisiert und sich überhaupt dem internationalen Recht widersprechend verhalten habe.

Die Führung der Roten Armee. Trotschki macht in der Petersburger Presse nähere Mitteilungen über die Beziehungen in der Roten Armee. Der Obersie Befehlshaber ist Kamnev, sein Generalstabschef Lebedew. Die Armeen der Westfront werden von dem Revolutionsgeneral Tschutschewski geführt, der 24 Jahre alt ist und in der Rotearmee als Lieutenant gedient hat. Der Führer der Rotearmee in der Ukraine ist Budjenny, der in der Rotearmee Unteroffizier war und sich als Armeeführer in den Kämpfen gegen Polen und Denikin etlichen Rennen gemacht hat. Oberbefehlshaber an der Südwestfront ist der schwere Oberleutnant Jegorow. Trotschki hebt ausdrücklich hervor, daß in der russischen Armee kein einziger deutscher Offizier diene.

Moskau Antwort an England. Daily Telegraph glaubt zu wissen, daß England die Antwort Sowjetrusslands auf den englischen Vorschlag für einen russisch-polnischen Frieden erhalten habe. In dieser Antwort, die gewiß umfangreich sei, soll gesagt sein, daß Russland keiner Nation das Recht eindämmen, zwischen der Sowjetregierung und Polen zu intervenieren. Die Sowjetregierung werde aber einen Waffenstillstandsertrag mit Polen eingehen, wenn Polen ihn verlangt, denn Russland wolle den Frieden.

Der Ausbreitung der dritten Internationale. Das Exekutiv-Komitee der dritten Internationale, dem die Sowjetregierung die allgemeine Propaganda übertragen hat, hat die Befürter des Proletariats von Persien, Armenien und der Türkei am 15. August d. J. zu einem Kongress nach Baku eingeladen.

Annahme der Waffenstillstandsbedingungen. Der Petit Parisien meint, daß Polen die von Lord George aufgestellten Waffenstillstandsbedingungen angehört der ersten Lage an der Front angenommen habe, trotzdem gewisse zum Kampf aufzuhaltende entschlossene Kreise bestehen, ihre Ansicht geltend zu machen. Die öffentliche Meinung scheint zu sein. — Nach einer Meldung an: "Wochenzu hat sich die polnische Armee nach hoffigen Rückzugskämpfen westlich der Linie Wilna—Grodno—Bialystok zurückgezogen. Um die Festung Tadom wird gekämpft.

Die französischen Offiziere in polnischen Diensten. Die B. d. M. Mittag meldet aus Breslau: Alle französischen Offiziere in Polen erhielten den Befehl, sich der polnischen Militärbehörde zur Verfügung zu stellen.

Die russische Antwort. Reuter erzählt, daß der Antwortschreiber auf die jüngst nach Moskau telegraphierte englische Note bezüglich eines Waffenstillstandes mit Polen: Die Räteregierung sei bereit, einen Waffenstillstand mit Polen zu vereinbaren und Frieden zu schließen. Zu diesem Zweck seien neue Vorschläge gemacht worden, die das englische Kabinett heute erörtern werde.

Ukraine und Tschechoslowakei. Der ukrainische Präsident Petrusowitsch ist auf der Heimreise aus Paris in Prag eingetroffen und hat Maiatz einen längeren Verlust gemacht. Die Ukraine betreibt in Paris eine der Tschecho-Slowakei parallele Politik gegen Polen, nur geht sie dabei energischer vor. In der letzten Depesche des ukrainischen Kabinetts an den Obersten Rat in Paris wurde ausdrücklich auf die ukrainische Armee hingewiesen, die 150.000 Mann stark und durchaus bereit sei, Lemberg von der polnischen Herrschaft zu befreien.

Eine Rottannahme Lettlands. Anfolge der allgemeinen wirtschaftlichen Notlage hat sich Lettland entschlossen, alle Ausländer ohne Unterschied der Nationalität aus seinen Städten auszuweisen. Die Maßnahme soll am 1. August in Kraft treten. Auch die in Lettland ansässigen ausländischen Ausländer werden von der Matrikel betroffen. Da sich unter diesen zahlreiche Schweine befinden, rechnet man mit Gegenmaßnahmen der schwedischen Regierung.

Aus Provinz und Nachgebieten

Nierstein, 20. Juli. Die ersten weichen Trauben sind am Sonntag bereits in einem kleinen Weingarten im einen Freiburg und bestellt worden. Das ist einer der frühesten Termine seit Jahrzehnten und wie nach alter

Erinnerung als ein gutes Vorzeichen für ein schönes Sommer angesehen; denn was der Juli schafft, brauchen August und September nicht nachzuholen. Der Stand der Weinberge ist auch sonst in jeder Hinsicht ausgezeichnet. Bei sehr reichem Behang entwölft sich infolge der trocknen Niederschläge die Trauben aufs beste.

Frankfurt a. M., 20. Juli. **Neue Steuern.** Die Stadtverordnetenversammlung nahm eine Reihe neuer Steuern an, durch die der Gehalt des südlichen Haushaltplanes von 58 Millionen Mark für das Rechnungsjahr 1920/21 gedeckt werden soll. Zur Neuinführung kommen eine Dienstostensteuer, eine Wohnungsteuersteuer.

Aus Bad Ems und Umgegend.

Abbau der Lebensmittelpreise. Dienstag abend fand im Saalbau "Zur Krone" eine Versammlung statt, in welcher über den unbedingt notwendigen Preisabfall gesprochen wurde. Die Hauptredner Gewerkschaftsrat Dr. Müller und Postgärtner kassine traten für die Bildung einer Kommission ein, die auf friedlichem Wege über den Preisabfall mit der Stadtverwaltung verhandeln soll. Die Kommission, die aus 15 Personen besteht, hat gestern nachmittag bereits mit der Stadtverwaltung verhandelt. Wir weisen auf die beispielsgemäßige Bekanntmachung in der heutigen Zeitung hin.

Walter North-Aufland. Gestern abend veranstaltete Walter North, Mitglied des älteren Schuhelbaches, einen Vortragabend. Wenn wir gestern jedem Besucher ein paar lustige Stunden versprochen hatten, so war das wohl zu wenig gezeigt, denn Walter North verstand es in seiner humorvollen, sich selbst überreitenden Art, die Lachmuskeln der Zuhörer in fortwährenden Bewegung zu halten. Die kleinen Brüder, die durch die besondere Eigenart Walter Norths ergötzt wurden, ließen wahre Lachsalven herab. Die Vorträge bedeuten delikatös und mimisch eine Glanzleistung.

Wo liegt Schleswig? In denn Schleswig noch deutet? waren die zwei Fragen, die einer Dame gestellt wurden, welche am heutigen Fahrtkartenkästchen eine Schildkarte auf Schleswig verlangte. Wir überlassen es unseren Lesern, sich selbst ein Urteil über derartige Fragen zu bilden.

Aus Nassau und Umgegend.

Dienstreise. Am 17. d. Mts. kommt Herr Karl Hartensels in Bergneustadt-Eichenau auf eine 30jährige ununterbrochene Dienstzeit bei Herrn Mühlbacher Holl Minor in Eichenau zurück. Als jugendlicher Mann trat Herr Hartensel 1890 seinen verantwortungsvollen Dienst an und hat sich bei oft schwerer und steiter Arbeit bis heute einen aufrechten Sinn und Arbeitsfreudigkeit bewahrt, die vorbildlich ist. Von Herzen wünschen wir dem Jubilar noch viele Jahre Gesundheit und Wohlergehen.

Hömöberg, 22. Juli. Am kommenden Samstag veranstaltet der lokale Gesangverein "Eintracht" aus Anlaß seines 50-jährigen Bestehens eine größere Feierlichkeit. Dieselbe wird am Samstag abend 8 Uhr durch einen Konzert mit darauf folgendem Ball in der Gastwirtschaft Schone eingeleitet. Am Hauptfesttag beginnt von 12 Uhr ab das Abholen der auswärtigen Vereine (18 haben zugesagt) an den Eingängen, dem um 2 Uhr ein Festzug durch die Ortsstraßen erfolgt. Auf dem Festplatz selbst, welcher auf der Straße nach Rajau sich zu befindet, wird nach einem Begrüßungsschuss des feiernden Vereins, der Vorzügliche des derselben, Herr Dr. Sall die Feierde hält, worauf eine von den Jungfrauen Hömöbergs gesetztes Fahnenstabe übergeben werden wird. Anschließend singen die Gastvereine ihre Chöre und Lieder. Aber auch für die Jugend ist reichlich georgt, neben einem Karussell gibt es eine Schießbude, Glücksrad und dergleichen mehr, was nur das Herz unserer Jugend erfreuen kann. Für die größere Jugend aber sorgt ein angelegter Tanzboden auch für den Vergnügen. Die Feierwirtschaft hat Herr Gastwirt Kröner und die Feiermusik die Musikapelle Oberhof übernommen. Erwähnt sei noch, daß politische Fähnchen nicht getragen werden dürfen. Wenn das Wetter so bleibt, wie es an den Sichttagen vorher war, wird das Fest einen großen Zuspruch haben und ein allgemein volkstümliches werden.

Holzheim, 19. Juli. Der Gesangverein "Eintracht" macht gestern einen Ausflug an die Bahn. Im Fahrmarsch nach Ditz, mit der Bahn nach Oberholz. Im Bahnhof Bingel singt Rote. Von dort nach Moser Asten, dort unter freudlicher Führung einiger Klosterbrüder Besichtigung der Kirche, die mit ihrer alten Kunst lebhaftes Interesse erweckt. Nachdem dort zum Dank einige Lieder gesungen, Rückmarsch nach Thalholzberg. Hier herrsche nun bald fröhliches Leben. Eine Überraschung wurde einem Brautpaar, dem man durch einige Lieder seinen Heiligen verschaffte. In Ditzburg erreichte man die Bahn, die alte fröhlich zurückbrachte. Selbst ein trauriger Gewitterguss konnte die Stimmung nicht herabdrücken, wenn man auch etwas angefeierlt in der Heimat blieb. Die rege Beteiligung zeigt, daß das Interesse am Gesang noch wach und der Verein, der die Lieder, die der Krieg gerissen, wieder ausgefüllt, wird hoffentlich bald wieder auf der Höhe der Feierwirtschaft sein und wird jede Veranstaltung in Zukunft immer gebührenden Genuss bieten. Lehrer Heidersdorf der den Verein seit langem geleitet, bis der Dirigent Lehrer Wacker aus der Gesangsgesellschaft zurückgekehrt war, wurde in Würdigung seiner Verdienste um den Verein zum Ehrenmitglied ernannt. Die Ernte ist im vollen Gange und die meisten Landwirte Maschinen haben, dürfte bei guter Witterung die Ernte diesen Monat fast beendet werden.

Letzte Nachrichten.

Eigene Nachrichten der Tiroler und Tiroler Zeitung.

Das Großherzogtum Schwarzwald

Freiburg, 21. Juli. Der Land auf dem Sägewerk J. Himmelsbach bei Neustadt im Schwarzwald wütet immer noch fort. Die riesigen Holzläger dürfen bereits bis zur Hälfte abgebrannt sein. Die Bahnverbindung der Hölzental-Bahn, die unmittelbar am Lagerplatz vorbeiführt, konnte bis jetzt noch aufrechterhalten werden, jedoch sind sämtliche Telefon- und Telegraphenleitungen zerstört worden. Die Feuerwehren der Umgebung sind ebenfalls der Feuerwirkung einwilliglich den Schaden auf 25 bis 30 Millionen geschätzt, doch ist eine Schätzung jetzt noch sehr unsicher. Von dem Großherzogtum im Schwarzwald erfahren wir weiter, daß der zwischen der Utach und der Landstraße Neustadt-Tirol-Bach liegende Teil der Anlagen zerstört ist. Von dem Feuerholz sind annähernd 50 Prozent verbrannt. Dagegen ist die auf dem andern Ufer der Utach liegende Imprägnieranstalt unversehrt geblieben. Der Betrieb der Gesellschaft erleidet keinerlei Störung, da sie in Württemberg und Oberhessen gleichartige Betriebe besitzt.

Weitere Umzüge in Marburg

Marburg, 21. Juli. Gestern abend nach 9 Uhr zog die gesamte Marburger Studentenschaft mit Bierkugel nach

dem Marktplatz, wo wieder datenständische Redner abgejungen wurden. Es kam auch wieder zu Streitereien zwischen der Arbeiterschaft. Vom Marktplatz zogen die Studenten nach der Villa des Rektors Dr. Busch, woher sie ihm eine Ovation darbrachten. Ein Student hielt eine Rede, die Rektor Busch dankend erwiderte und die Studenten zur Ruhe und Besonnenheit ermahnte.

Hessischer Landtag

Wz. Darmstadt, 21. Juli. Bei der heutigen Eröffnung des hessischen Landtages gab Finanzminister Heinrich einen ausführlichen Überblick über den Stand der hessischen Finanzen. Fast alle Ziffern des Haushaltplanes haben sich ungefähr um das Viertel geändert. Der Etat 1919 schloß mit 76 Millionen, ab der Etat 1920-21 mit 270 Millionen. Trotzdem der Voranschlag mit einem Hohlbetrag von 35 Millionen abschließt, ist er nach Ansicht des Finanzministers nicht ungünstig. Durch die neue Besoldungsreform erwächst dem hessischen Staat eine Mehreinnahme von 80 Millionen, für die eine Deckung bisher nicht vorhanden ist. Der Finanzminister schloß seine Ausführungen mit einem sorgenvollen Blick auf die Finanzlage der Einzugsgemeinden, die weit trübere Aussichten eröffneten, als die Staat finanzen. Mit einem Bekanntnis der Unzufriedenheit des hessischen Staates vom Schloss östlich Friedeck schloß der Minister seine Ausführungen.

Der Frankfurter Gasarbeiterstreit beendet

Wz. Frankfurt a. M., 21. Juli. Nach vierstündigen Verhandlungen entschieden sich die Gasarbeiter in einer Versammlung im "Gittert" mit großer Mehrheit dahin, die Arbeit morgen früh wieder aufzunehmen. Maßregelungen sollen nicht stattfinden, auch keine Lohnkürzungen

einsetzen. Über die gestellten Ansprüche wird in Verhandlungen eingetreten, ebenso über die Zuschüsse zu den Verdarsartikeln.

Zusammentritt des Reichstages am 26. Juli

Wz. Berlin, 21. Juli. Nach dem Beschluss des Abstimmungsrates tritt der Reichstag am 26. Juli, nachmittags 6 Uhr zu einer Sitzung zusammen, um den Bericht der Regierung über die Verhandlungen in Spez. entgegenzunehmen.

Anwerbungen für die "Note Armee"

Wz. Berlin, 21. Juli. Aus Königsberg in Preußen wird der Pommersche Zeitung von Werbungen in und um Insterburg für die Note Armee berichtet. Besonders werden auf den dortigen Bahnhöfen die wartenden Landarbeiter bearbeitet. Waffengetaute Soldaten werden bevorzugt. Die Angeworbenen werden in großen Dörfern verteilt.

Der polnische Bericht

Wz. Kopenhagen, 21. Juli. Nach einem Telegramm aus Grodno besagt der polnische Heeresbericht: Rödiglich von Grodno dauern die Kämpfe auf der Linie Skrz - Bovice an. In der Gegend von Rovno-Grodno schließen die Polen den Befehl, den Rückzug nach Witten anstreben, der unter dem Druck des Feindes erfolgt. Die bolschewistischen Angriffe in Polen und am Strom sind abgeschlagen worden. In der Nähe von Dubno dauern die Kämpfe an. Der Feind erschlägt dort erneut Berliner.

Eingesandt.

Wie ich vor einigen Tagen aus der Emser Zeitung erfuhr, erhebt der Gewerbeverein Ems jetzt den erhöhten Beitrag. Vom Beschluss hat die Umgruppierung stattgefunden und der Anschluß an den Gesamtverband, wodurch die Erhöhung des Beitrags

ges notwendig wurde. In der letzten Versammlung ist auch das Programm des Ausbaues der Organisation beschlossen worden und war es sehr bewußtlich, daß in den Handwerker und Gewerbetreibenden so wenig Bedarf für die Sache vorhanden ist, zumal die Gewerbevereine das für sich getrennt verwaltet wird. Es ist tatsächlich, daß der Mittelstand, wenn ich ihn so nennen darf, seine Rechteberechtigung besitzt und sich ein Beispiel an anderen Organisationen. Was haben diese erreichte gute Führer und darüber gesetzliche Opfer. Solche werden der Gewerbeverein von seinen Mitgliedern nicht, wohl einen der Gewerbevereine einigermaßen entsprechenden zur Wahrnehmung der gemeinsamen Interessen beweisen geleistet werden soll, so kostet es eben mehr Geld wie dieses sollte sich jeder klar machen, der etwas erreichen kann. Heute auf morgen ist solches auch nicht möglich und sollten alle Kollegen, vom Handwerk und Gewerbe, die Notwendigkeit nicht verschließen, daß die Beiträge zum Nutzen des Einzelnen und für die Allgemeinheit dingt notwendig war.

Ein Gewerbetreibender

Amtlicher Teil.

Bekanntmachung.

Auf Anordnung der Reichskartoffelstelle wird ab nächst auf 35 Mark je Zentner festgesetzter Erzeugerhöchstpreis für die Provinz Hessen-Nassau bis mit Wirkung vom 21. Juli d. J. auf 32 Mark je Zentner ermäßigt.

Cassel, den 17. Juli 1920.

Provinzialkartoffelstelle. Thes.

Betr. Nachrechnung von Zuschlägen zur staatlich veranlagten Einkommensteuer.

Gemäß § 65 des Kommunalabgabengesetzes wird zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß für das Neujahr 1919 ein weiterer Gemeindesteuerzuschlag von 20 Prozent zur staatlich veranlagten Einkommensteuer zur Erhebung kommt.

Diez, den 20. Juli 1920.

Der Magistrat.

Öffentliche Warnung.

Die hohen Preise für Obst und Gemüse sowie für sonstige Artikel des täglichen Bedarfs haben auch unter der Bevölkerung von Diez berechtigte Entzürnung hervorgerufen. Diese Preise sind in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß Erzeuger, Groß- und Kleinhändler übermäßige Gewinne erzielen wollen. Es ist festgestellt worden, daß die Preise in Diez vielfach erheblich höher sind als selbst in höheren Städten des Bezirks. Wir warnen hiermit Erzeuger und Händler vor ungerechtfertigten Preistreibereien und erachten, daß dieser Hinweis Beachtung findet, andernfalls wir uns gezwungen seien, Maßnahmen zu ergreifen.

Diez, den 20. Juni 1920.

Der Magistrat.

Herabsetzung der Kaufpreise für Gegenstände des tägl. Bedarfs.

Es hat eine am 20. d. Jrs. im Gasthaus "Zur Krone" abgehaltene und aus allen Schichten der Bevölkerung stark besuchte Versammlung die Frage des Preisabschlags behandelt. Es wurde die Forderung gestellt, daß sofort ein Preisabschlag

von 30 v. H. für alle Artikel

des täglichen Bedarfs

einsetzen müsse, da die hiesigen Preise gegenüber den Preisen anderer, selbst von Großstädten, viel zu hoch seien. Eine hölzerne Kommission hat gestern mit dem Magistrat über diesen Gegenstand verhandelt. Der vorgenommene Vergleich der hier bestehenden Preise mit denen von anderen Städten hat in der Tat ergeben, daß auch bei einem Preisabschlag von 30 Pro. die hiesigen Preise hinter den Preisen in anderen Städten nicht zurückbleiben, sondern sie noch überschreiten. Um die Ruhe in der hiesigen Bevölkerung herzustellen, ergeht hiermit die Aufforderung an die hiesigen Geschäftsinhaber, für die Bedürfnisse des täglichen Lebens einen Preisabschlag von 30 v. Hundert sofort einzutragen. Es wird demandiert eine Veröffentlichung der Preise von dem Coblenzer Markt regelmäßig erfolgen, damit die Käufer in der Lage sind, selbständig zu prüfen, inwiefern hier Preisreduzierungen stattfinden. Außerdem wird eine Anzahl von Kontrollkommissionen eingerichtet werden, die durch Prüfung feststellen, ob der Auflordnung zum Preisabschlag entsprochen worden ist. Die Mitglieder dieser Kommission werden den Geschäftsinhabern noch bekannt gegeben.

Es wird hiermit der Erwartung Ausdruck gegeben, daß die Geschäftsinhaber nach Möglichkeit dazu beitragen, Auschreibungen zu verhindern.

Diez, den 22. Juli 1920.

Der Magistrat.

Leere Kisten

verschiedener Größen zu verkaufen. Näheres im Verbrauchsmittelamt Ems.

100 Mk. Belohnung

demjenigen, der mir meine Jagdhündin wiederbringt, oder mir den Dieb bezeichnet, damit ich ihn gerichtlich belangen kann.

Brensing, Römerstr. 93, Ems.

Wiesenheu und Stroh

in guter Qualität liefert auch in kleineren Quantitäten von 10 Ztr. ab und mehr zu möglichst billigen Preisen. Bestellungen alsbald erbeten.

Jakob Landau, Nassau a. L.

Telefon Nr. 6.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinscheiden unserer lieben Mutter

Frau Heinr. Marx Ww.

besonders Herrn Pfarrer Fresenius aus Nassau für die trostreichen Worte am Grabe und für die zahlreichen Kranzspenden sagen herzlichen Dank.

Dausenau, 20. Juli 1920.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Kurtheater Bad Ems

Leitung: Hofrat Steingott, Stellvert. Dir. Alb. Heinemann

Freitag, 23. Juli 1920, abends 8 Uhr

Gastspiel von Mitgliedern des Stadttheaters Mainz

Der Troubadour

Oper in 4 Aufzügen nach dem Italienischen von S. Camerano.

Ortsgeschichtliche Sammlung

Bad Ems.

Geöffnet:

Montags, Mittwochs u. Freitags von 2—5 Uhr.

Die städtische Altertumskommission

Für den Baubedarf

empfehlen wir uns zur Lieferung von:

Ia. frischgebrannten Graukalk

" Kalkasche

" Bausand

" Bruchsteine

" Schwemmsteine

" Portland-Zement usw.

stets vorrätig auf unserem Kalkwerk Staffel.

Staffeler Kalkwerke

Piel & Zils, Urmitz, Bahnhof.

Verlangen Sie überall die bewährte

Kronen-Papierwäsche

Habrikat der Firma Ernst Töll Röder Eichsfeld

Jed 5 Wäschestück trägt die Firma und die Schutzmarke "Krone".

Durch die frühere Fertigstellung der Zeitung wird gebeten, die

Anzeigen

die für die nächste Nummer bestimmt sind, schon am Tage vorher aufzugeben.

Geschäftsstelle der Emser u. Diezer Zeitung.

Radfahrer-Verein 09 Bad Ems.

Sonntag, den 25. Juli 1920
nachmittags 6 Uhr

Groß. Tanzkränzchen

im renovierten Vereinslokal J. C. Föld.

Eintritt: Herrn 5.— M. 2.— M.

Tanz frei. — Getränke nach Wunsch.

Zu zahlreichem Besuch laden ein

Der Vorstand.

Bahnhofswirtschaft Bad Ems

neu übernommen,

Warm u. kalte Küche zu jeder Tageszeit. Frankfurter und Münchener Exportbier, Schoppenweine zu angemessenen Preisen.

Heinrich Grunewald, Bad Ems.

Notklesamen,

Senfsamen,

empfiehlt

Rich. Steuber, Ems

Weinfässer

neu u. gebraucht von 17—

1200 Liter verlaufen, liefert

auch prompt hier zur Wahr-

te. Tanne, Wiesbaden.

Göbbelstr. 16. Telefon 5971

Gasherd

mit 4 Fl. u. Badkosen, sowie

ein Togart billig zu ver-

kaufen. Näh. Geschäftsst.

Erladernes solides feh-

ländiges 1678

Fräulein

aus achtbarer Familie sucht

Stellung als Tante oder

zu Kindern, bei Familiens-

anwesen. Angebote unter

zu 3. 40 an d. Geschäftsst.

1714

Erladernes solides feh-

ländiges 1678

Mädchen

für kleinen Haushalt in

Diez (Monatslohn 100 M.

bei unter Kosten sofort get.

Näh. Geschäftsst.

1704

Wer

sucht erw. Person Unter-

richt im Granöpfchen?

mögl. Nähe Bahnhof Ems.

Ang. unter 11. 38 an die

Gesch.

1704

Golden. Gliederarmband

im Zuge von Nassau nach

Ems oder in Ems, vom

Bahnhof bis Kurhaus ver-

loren. Wiederbringer gute